



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2012

Und keiner trägt Verantwortung

Tan, Daniela

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-69861>
Newspaper Article
Published Version

Originally published at:

Tan, Daniela. Und keiner trägt Verantwortung. In: NZZ, 2 February 2012, 46.

Und keiner trägt Verantwortung

Mit Fukushima kam das Umdenken – Japans Bürger beginnen sich zu wehren

Daniela Tan · Dieser Tage strengt eine Bürgergruppe aus Sendai im Nordosten Japans einen Prozess gegen eine neue Zonenbestimmung an. Durch diese würden bisherige Wohngebiete als Gefahrenzone eingestuft und somit der Wiederaufbau verunmöglicht. Aufgrund einer Computersimulation mit einem zwei Meter hohen Tsunami wurden rund 1200 Hektaren ehemaliges Bauland neu als Sperrzone definiert. Die durch diese Neubestimmung veranlasste Zwangsumsiedlung von zirka 2000 Haushalten befindet sich im Widerspruch zu der in der Verfassung verankerten Niederlassungsfreiheit, so begründete die Gruppe am 30. Januar im Stadtbezirk Wakabayashi von Sendai ihr Vorgehen. Bürgerbewegungen sind zwar in Japan stark, Klagen jedoch eher selten. Probleme werden pragmatisch angegangen und im gegenseitigen Einvernehmen gelöst. Doch in solchen Meldungen zeigen sich Reibungsflächen und Lücken im japanischen System vom Zusammenspiel des Einzelnen und der Behörden.

Der Konflikt zwischen der Verantwortung des Einzelnen und den Institutionen führt auch zum Vorwurf, die Generation junger Japaner entziehe sich der Verantwortung. Diese Klage ist weder neu noch lokal begrenzt. Die Trennlinie zwischen richtig und falsch ist dünn, ja durchlässig geworden. Alles ist relativ. Die simplifizierende Sichtweise jedoch, die moralische Verwahrlosung korreliert mit der Distanz zu religiösen Systemen, ist in einem globalisierten Kontext nicht haltbar. So existiert eine Vorstellung der absoluten Wahrheit weder im Shinto noch im Buddhismus. Richtig ist, was hilft, so eine gängige Annahme. Führt jedoch das Fehlen eines religiösen Instrumentariums von Wertvorstellungen zu moralischem Relativismus, das heisst zu situativen Werturteilen und fehlender Einschätzung von richtig und falsch?

Viele Facetten des Zusammenlebens in Japan deuten darauf hin, dass in der japanischen Gesellschaft tatsächlich nicht wenige Entscheide situativ gefällt werden. Die Umstände entscheiden darüber, ob ein Sachverhalt wahr oder falsch ist. So wird in der Erziehung viel Wert darauf gelegt, dass bereits im Kindesalter das den jeweiligen Umständen angemessene Verhalten eingeübt wird. Dieser ausgefeilte soziale Kodex zeigt sich beispielsweise auch in der japanischen Sprache mit ihrem differenzierten Repertoire von Höflichkeitssprache, wo es allein für das Wort «Ich» mehr als fünf unterschiedliche Entsprechungen gibt, deren Verwendung durch verschiedene Faktoren beeinflusst wird. Der soziale Kontext ist demnach entscheidend für die Art und Weise der Kommunikation. Angemessen ist, was der Situation und dem Umfeld entspricht.

Dieses Muster reflektiert sich in einem Verständnis von Wahrheit im engen Zusammenspiel mit der jeweiligen Situation, in dem der Graubereich als Spielraum dient. Entschieden wird aufgrund der Einschätzung, was sich mit den sozialen Normen und dem jeweiligen sozialen Kontext vereinbaren lässt und was nicht. Mit der Konsequenz, dass auch heute noch zumindest in zivilrechtlichen Angelegenheiten langwierige und entblössende juristische Prozesse vermieden und aussergerichtliche Lösungen gesucht werden.

Diese Tendenz lässt sich auch auf nationaler Ebene erkennen. So kam es bisher im Falle des havarierten Atomkraftwerks Fukushima Daiichi nicht nur zu keiner Anklage, sondern auch zu keiner einzigen Verhaftung. Aufgrund von radioaktiver Kontamination mussten über 80 000 Menschen zwangsevakuiert werden und leben nach dem Verlust von sämtlichem Hab und Gut auch heute teilweise noch in Übergangslagern und Notunterkünften, sofern sie nicht bei Familienmitgliedern untergekommen sind. Seit September ist der über sechzig Seiten starke Antrag auf Schadenersatz bei der Betreiberfirma Tepco erhältlich. Diese will der Papierflut mit einer auf 9000 Personen aufgestockten Armada von Sachbearbeitern begegnen. Es ist zu befürchten, dass ein Grossteil der geforderten Entschädigungen noch lange auf sich warten lassen werden.

Es ist kein ausschliesslich japanisches Phänomen, dass in Havarien von solcher Dimension die Verantwortlichen nicht auszumachen sind. Im verworrenen Dickicht von Regierung und Behörden scheint die Verantwortung der ganz Grossen in unauffindbar kleine Teile zerlegt.

Die Bürgergruppe aus Sendai ist die erste, die einen Prozess gegen Zwangsumsiedlung anstrebt. Es wird sich zeigen, ob ihr Beispiel erfolgreich ist und welche Wirkung es auf die noch immer in Notunterkünften untergebrachten Menschen ausübt.